



An die E-Control
Per E-Mail an: recht-post@e-control.at
Zu GZ: V WVO 01/26

Magistrat der Stadt Wien
MA 64 | Lerchenfelder Straße 4
1080 Wien
Telefon +43 1 4000 89919
Fax +43 1 4000 99 89910
post@ma64.wien.gv.at
wien.gv.at/ma64

MA64-143945-2026-9
Wechselverordnung 2026;
Begutachtungsentwurf;
Stellungnahme

Wien, am 10. Februar 2026

Termin: 13. Februar 2026

Vorab zur Einsicht:
Frau Vizebürgermeisterin und
amtsführende Stadträtin für
Wohnen, Wohnbau, Stadterneue-
rung und Frauen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem im Betreff genannten Begutachtungsentwurf darf wie folgt Stellung genommen werden:

1. Formelle Anmerkungen

Einleitend wird angemerkt, dass die Kurzform „VO“ für nationale Verordnungen vermieden werden sollte und stattdessen „V“ (in Abgrenzung zu Verordnungen der Europäischen Union) verwendet werden sollte. Korrekterweise müsste die Abkürzung daher zB. WV 2026 (statt WVO 2026) lauten. Diese Form sollte durchgehend für alle aktuell zu erlassenden Verordnungen der E-Control gewählt werden. Zudem sollte bei der Benennung von Verordnungen die Abstufung in Langtitel, Kurztitel und Abkürzung beibehalten werden. Bei der Wechselverordnung wurde dies, im Gegensatz zu der kürzlich zu begutachtenden Netzreserve-Verordnung, bereits eingehalten.

Die Gliederung der gegenständlichen Verordnung endet beim 4. Teil (Abmeldung). In diesem sind auch die Schlussbestimmungen (In- und Außerkrafttreten) erfasst. Diese sollten in einem eigenen Teil geregelt werden.

Der Anhang befindet sich in einem separaten Dokument und hat ein anderes Format als der Verordnungstext. Der Anhang sollte in den verfügenden Teil aufgenommen und die Formatierung entsprechend angeglichen werden.

2. Anmerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Allgemein:

Es wird angeregt, die im Begutachtungsentwurf verwendeten Begrifflichkeiten durchgehend zu vereinheitlichen. Insbesondere im Zusammenhang mit dem neu ausgestalteten Wechselprozess sollte eine klare und eindeutige Terminologie festgelegt und konsistent verwendet werden. Derzeit finden sich unterschiedliche Bezeichnungen (unter anderem „*registrierter Lieferant*“, „*vorläufiger Lieferant*“ sowie „*neuer Lieferant*“), deren Abgrenzung nicht hinreichend ersichtlich ist. Zur Vermeidung von Auslegungsunsicherheiten und zur Gewährleistung eines einheitlichen Vollzugs wird daher die Präzisierung und konsistente Verwendung der einschlägigen Begriffe vorgeschlagen.

Zu § 5:

Abs. 1 Z 4 lautet: „*bei einer rechtsgültigen Bevollmächtigung.*“ Dieser sollte – in Zusammenhang mit Verweigerungsrechten - richtigerweise wohl „*bei einer nicht rechtsgültigen Bevollmächtigung.*“ lauten.

Zu § 8:

Das Einfordern von zusätzlichen Daten gemäß § 8 Abs. 4 durch den Netzbetreiber scheint nicht zielführend. Bei nicht eindeutiger Identifikation nach der automatischen Suche bekommt der Lieferant eine konkrete Rückmeldung, welche Ergebnisse die Prüfschritte ergeben haben. Auf Basis dieser Information kann der Lieferant fehlende Daten vom Kunden einholen und anschließend den Prozess neu starten. Der Absatz kann daher entfallen.

Abs. 5 sollte folgendermaßen lauten: „*Der Netzbetreiber hat die Anfrage des neuen Lieferanten zur Übermittlung von Daten innerhalb von 24 Stunden nach Einlangen der Anfrage zu beantworten.*“

Zu § 10:

Abs. 1 Satz 2 sollte folgendermaßen lauten: „*Ist dem Lieferanten die Zählpunktbezeichnung im Rahmen der Bevollmächtigung nicht bekannt, so ist die Zählpunkt- und Endkundenidentifikation für den neuen Lieferanten gemäß § 10 vor der Einreichung der vorläufigen Wechselanfrage verpflichtend durchzuführen.*“

Zudem ist unklar, ob der Verweis in § 10 Abs. 1 auf „§ 10“ richtigerweise auf „§ 8“ lauten sollte.

Zu § 11:

In Abs. 2 wird der Begriff „*unverbindliche Wechselanfrage*“ verwendet. Da hier wohl die „*vorläufige Wechselanfrage*“ gemeint ist, wäre dieser Begriff damit zu ersetzen.

Zu § 13:

Es wird angeregt, in der einschlägigen Überschrift den Begriff „*technisch*“ zu streichen. Hintergrund ist, dass sowohl ein registrierter als auch ein technischer Wechsel storniert werden kann. Die Beschränkung auf „*technisch*“ erscheint irreführend.

Zu § 14:

Abs. 1 Satz 2 sollte folgendermaßen lauten: *"Ist dem Lieferanten die Zählpunktbezeichnung nicht bekannt, so ist der vorgelagerte Datenabgleich verpflichtend durchzuführen."*

Zu § 15:

In § 3 Abs. 3 wird festgelegt, dass die Fristen als „*Arbeitstagsfristen*“ zu verstehen sind. Dennoch wird in § 15 Abs. 4 auf „*Arbeitstage*“ abgestellt. Sofern die generelle Regelung in § 3 beibehalten wird sind, abgesehen von etwaigen Ausnahmen, die Hinweise auf Arbeitstage obsolet.

Zu § 20:

Diese Bestimmung scheint fehlerhaft. Abs. 1 verweist auf Abs. 2. Dieser normiert aber kein abweichendes Inkrafttreten.

Zudem scheint das Inkrafttreten mit 01.04.2026 äußerst knapp bemessen. Bis zum Inkrafttreten der Verordnung sind die erforderlichen Anpassungen voraussichtlich schwer umsetzbar. Hierfür bedarf es einer neuen Spezifikation zur Wechselverordnung samt ordnungsgemäßer Konsultation, in deren Rahmen allen Marktteilnehmenden die Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt wird. Zudem erfolgt die Ernennung des Auffangversorgers gemäß Elektrizitätswirtschaftsgesetz, BGBl. I Nr. 91/2025 (ElWG), erst mit 01.06.2026, wodurch eine zeitliche Lücke entsteht.

Mag. Matthias Fliedl
Telefon +43 1 4000 89929

Mit freundlichen Grüßen
Die Abteilungsleiterin:

(elektronisch gefertigt)

Mag.^a Christina Pass-Dolezal

Nachrichtlich an:

Magistratsdirektion – BüroMD (zu GZ: MDK-109273-2026)
Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Recht
Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Bauten und Technik
Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Organisation und Sicherheit, Gruppe SVS
Magistratsdirektion – Bereichsleitung Klimaangelegenheiten
Magistratsabteilungen 5 und 20
Wiener Stadtwerke GmbH